

DIALOG(R)File 351:Derwent WPI  
(c) 2004 Thomson Derwent. All rts. reserv.

014521494 \*\*Image available\*\*

WPI Acc No: 2002-342197/200238

XRPX Acc No: N02-269081

**Data transmission system for car information has second security processor prevents unauthorised use**

Patent Assignee: BOSCH GMBH ROBERT (BOSC ); FISCHER H (FISC-I); WESTENDORF A (WEST-I)

Inventor: FISCHER H; WESTENDORF A

Number of Countries: 027 Number of Patents: 003

Patent Family:

Patent No	Kind	Date	Applicat No	Kind	Date	Week
EP 1185026	A2	20020306	EP 2001120453	A	20010828	200238 B
US 20020042878	A1	20020411	US 2001944915	A	20010831	200238
DE 10043499	A1	20020314	DE 1043499	A	20000901	200238

Priority Applications (No Type Date): DE 1043499 A 20000901

Patent Details:

Patent No	Kind	Lan	Pg	Main IPC	Filing Notes
EP 1185026	A2	G	12	H04L-009/32	

Designated States (Regional): AL AT BE CH CY DE DK ES FI FR GB GR IE IT

LI LT LU LV MC MK NL PT RO SE SI TR

US 20020042878 A1 H04L-009/00

DE 10043499 A1 H04L-009/32

Abstract (Basic): EP 1185026 A2

NOVELTY - A data transmission system processes data from a remote unit (8) in a control unit (1) with a processor (3) with related data processed in a second security processor (14) for verification of source and authorisation.

USE - Data security system for in car security and information systems.

ADVANTAGE - Prevents use of data from unauthorised sources The second processor cannot be removed like a security module. Data that have passed through a third processor can be rejected.

DESCRIPTION OF DRAWING(S) - Control unit (1)

Processor (3)

Remote unit (8)

Security processor (14)

pp; 12 DwgNo 1/4

Title Terms: DATA; TRANSMISSION; SYSTEM; CAR; INFORMATION; SECOND; SECURE; PROCESSOR; PREVENT; UNAUTHORISED

Derwent Class: W01

International Patent Class (Main): H04L-009/00; H04L-009/32

International Patent Class (Additional): H04L-001/12

File Segment: EPI

Manual Codes (EPI/S-X): W01-A05B

?



①9 BUNDESREPUBLIK  
DEUTSCHLAND



DEUTSCHES  
PATENT- UND  
MARKENAMT

⑫ Offenlegungsschrift  
⑩ DE 100 43 499 A 1

⑤① Int. Cl.<sup>7</sup>:  
H 04 L 9/32  
H 04 L 1/12

②① Aktenzeichen: 100 43 499.1  
②② Anmeldetag: 1. 9. 2000  
④③ Offenlegungstag: 14. 3. 2002

DE 100 43 499 A 1

⑦① Anmelder:  
Robert Bosch GmbH, 70469 Stuttgart, DE

⑦② Erfinder:  
Westendorf, Andreas, Dr., 31137 Hildesheim, DE;  
Fischer, Hans-Juergen, Dr., 31141 Hildesheim, DE

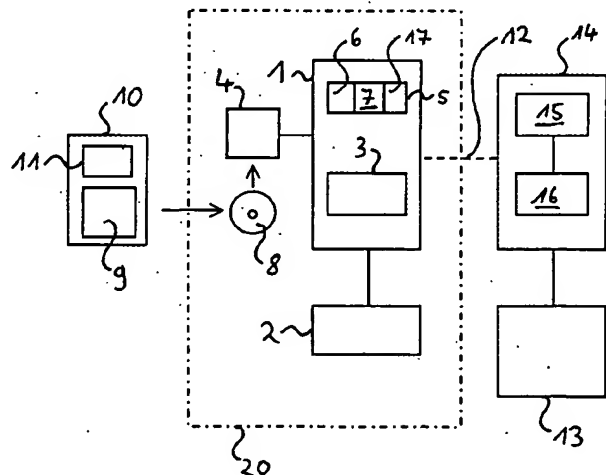
⑤⑤ Entgegenhaltungen:  
DE 196 04 150 A1  
DE 693 18 950 T2  
GB 22 73 629 A  
EP 08 73 032 A1  
EP 08 33 475 A2

Die folgenden Angaben sind den vom Anmelder eingereichten Unterlagen entnommen

Prüfungsantrag gem. § 44 PatG ist gestellt

⑤④ Verfahren zur Datenübertragung

⑤⑦ Es wird ein Verfahren zur Datenübertragung vorgeschlagen, bei dem erste Daten an eine erste Recheneinheit übermittelt werden, anschließend auf die ersten Daten bezogene zweite Daten an eine zweite Recheneinheit übermittelt werden und ein Prüfergebn an die erste Recheneinheit zurück übermittelt wird. Hierdurch ist eine unabhängige Prüfung von an eine erste Recheneinheit übermittelten Daten durch eine zweite Recheneinheit möglich, so dass eine mißbräuchliche oder verbotene Benutzung von ersten Daten in der ersten Recheneinheit verhindert werden kann.



DE 100 43 499 A 1

## Beschreibung

## Stand der Technik

[0001] Die Erfindung geht aus von einem Verfahren zur Datenübertragung nach der Gattung des Hauptanspruchs. Es ist schon ein Verfahren zur Datenübertragung aus der DE 44 42 357 A1 bekannt, bei der Daten zwischen einer Datenverarbeitungseinrichtung und einem Endgerät übertragen werden. Vor der Aufnahme der Übertragung von Daten erfolgt eine gegenseitige Authentifikation unter Verwendung von in jeweils einem Sicherheitsmodul der Datenverarbeitungseinrichtung und des Endgerätes gespeicherten Codes. Ferner wird ein Code übermittelt, aus dem es ersichtlich ist, ob die Datensätze während der Übertragung verändert wurden. Die Sicherheit der Übertragung ist damit an die Verwendung der Sicherheitsmodule gebunden.

## Vorteile der Erfindung

[0002] Das erfindungsgemäße Verfahren mit den Merkmalen des Hauptanspruchs hat demgegenüber den Vorteil, dass Daten, die an eine erste Recheneinheit übermittelt werden, zusätzlich dadurch geprüft werden, dass auf die ersten Daten bezogene zweite Daten an eine zweite Recheneinheit übermittelt werden und mittels einer Überprüfung der zweiten Daten eine Korrektheit der ersten Daten überprüft wird. Während gemäß dem zitierten Stand der Technik die Sicherheit einer Datenübertragung lediglich durch das dem Endgerät zugeordnete Sicherheitsmodul gewährleistet wird, ist mit dem erfindungsgemäßen Verfahren eine zusätzliche Überprüfung durch eine unabhängige, zweite Recheneinheit möglich. Insbesondere kann hierdurch ein unberechtigtes Übertragen von ersten Daten auf die erste Recheneinheit durch die zweite Recheneinheit auch dann ermittelt werden, wenn z. B. die ersten Daten aus einer nicht autorisierten Quelle stammen, z. B. von einer nicht autorisierten Kopie eines Datenträgers, oder wenn z. B. erste Daten von einer dritten Recheneinheit durch einen Unberechtigten übertragen werden. Die Datensicherheit ist nicht mehr an ein Sicherheitsmodul gebunden, das auch entwendet werden kann, sondern wird von der zusätzlichen zweiten Recheneinheit gewährleistet.

[0003] Durch die in den Unteransprüchen aufgeführten Maßnahmen sind vorteilhafte Weiterbildungen und Verbesserungen des im Hauptanspruch angegebenen Verfahrens möglich. Besonders vorteilhaft ist, dass in der ersten Recheneinheit und/oder in der zweiten Recheneinheit jeweils eine fehlerfreie Übermittlung der Daten geprüft wird, da hierdurch neben einem Eingriff in die Datenübermittlung auch Übertragungsfehler erfasst werden können und eine Übermittlung nach Feststellung eines derartigen Übertragungsfehlers wiederholt werden kann.

[0004] Weiterhin ist vorteilhaft, dass die ersten Daten von einem Datenträgerlaufwerk oder von einer dritten Recheneinheit an die erste Recheneinheit übermittelt werden und dass durch die zweite Recheneinheit die Identität der dritten Recheneinheit beziehungsweise des Datenträgers geprüft wird, da hierdurch unberechtigte Kopien eines Datenträgers oder die Übermittlung von einer zur Datenübertragung nicht berechtigten dritten Recheneinheit erfasst werden kann.

[0005] Weiterhin ist vorteilhaft, die Daten verschlüsselt zu übertragen, insbesondere verschlüsselt mit einem privaten Schlüssel der jeweiligen übertragenden Recheneinheit und mit einem zu übermittelnden, öffentlichen Schlüssel der jeweiligen, empfangenden Recheneinheit, da hierdurch neben einem sicheren Datentransport auch direkt eine sichere Identifizierung der jeweils sendenden Recheneinheit mög-

lich ist. Mit einer elektronischen Unterschrift, also durch eine eindeutige, fälschungssichere elektronische Kennzeichnung des Absenders in Datenform kann eine Identifizierung ermöglicht werden.

[0006] Weiterhin ist eine Funkübertragung vorteilhaft, da hierdurch ein Anschluß an ein feststehendes Kommunikationsnetz vermeidbar ist und somit eine mobile Anwendung des Verfahrens möglich ist.

[0007] Weiterhin ist vorteilhaft, dass von der zweiten Recheneinheit für eine Prüfung der zweiten Daten auf eine Datenbank zurückgegriffen wird, in der z. B. alle zur Übertragung berechtigten dritten Recheneinheiten, alle berechtigten Datenträger und/oder alle zur Speicherung der jeweiligen ersten Daten berechtigten ersten Recheneinheiten abgelegt sind, so dass eine umfassende Überprüfung möglich wird.

[0008] Weiterhin ist vorteilhaft, dass von der zweiten Recheneinheit in Abhängigkeit von den zweiten Daten ein Zahlungsvorgang veranlasst wird, so dass eine Berechnung der übertragenen ersten Daten durch die zweite Recheneinheit möglich ist. Hierdurch kann sichergestellt werden, dass ein Benutzer, der ein Programm in Form von ersten Daten mit der ersten Recheneinheit benutzt, erst bei der tatsächlichen Übertragung dieser Daten auf die erste Recheneinheit eine Gebühr bezahlt. Hierdurch kann sichergestellt werden,

dass ein Benutzer Daten erst dann bezahlen muss, wenn er sie tatsächlich verwendet, und nicht bereits während er lediglich die Kontrolle über die jeweiligen Daten hat, z. B. durch Besitz eines Datenträgers mit diesen Daten. Auch ist es möglich, auf diese Weise mittels der zweiten Recheneinheit Zahlungsvorgänge zu autorisieren, d. h. Zahlungsvorgänge z. B. in der Form von Kreditkartenzahlungen oder Kaufaufträgen für Waren oder Dienstleistungen, deren Datensätze an die erste Recheneinheit übermittelt werden.

[0009] Weiterhin ist vorteilhaft, dass eine Benutzung der ersten Daten durch die zweite Recheneinheit erlaubt wird, so dass erst nach Übermittlung dieser Erlaubnis an die erste Recheneinheit, also nach Freigabe der Daten durch die zweite Recheneinheit, die ersten Daten in der Recheneinheit verwendet können, so dass die Verwendung von unberechtigten Kopien der ersten Daten oder von falschen ersten Daten in der ersten Recheneinheit vermieden wird.

[0010] Weiterhin ist vorteilhaft, dass von der zweiten Recheneinheit eine Nutzung der ersten Daten durch die erste Recheneinheit gespeichert wird, so dass ein Nutzerprofil für die ersten Daten anhand der von der zweiten Recheneinheit gespeicherten Daten erstellt werden kann.

[0011] Weiterhin ist vorteilhaft, dass eine Prüfung in der ersten Recheneinheit neu gestartet wird, wenn die Prüfung nicht vollständig durchlaufen wurde. Hierdurch wird vermieden, dass bei einem absichtlichen oder unabsichtlichen Unterbrechen des Prüfvorgangs, z. B. durch einen Stromausfall, einzelne Prüfschritte übergangen werden können.

[0012] Weiterhin ist vorteilhaft, dass ein Programm zur Prüfung und/oder ein Prüfergebnis in der zweiten Recheneinheit nicht flüchtig gespeichert wird. Einerseits wird hierdurch eine mögliche Fälschung des Programms zur Prüfung der ersten Daten bzw. eine Fälschung eines Prüfergebnisses vermieden. Außerdem muss eine Überprüfung der ersten Daten bei einer nicht flüchtigen Speicherung des Prüfergebnisses nicht bei jedem Neustart der ersten Recheneinheit erneut durchgeführt werden.

[0013] Weiterhin ist vorteilhaft, dass die ersten Daten in der ersten Recheneinheit gelöscht werden, wenn von der zweiten Recheneinheit keine Benutzungserlaubnis der ersten Daten übermittelt wird. Eine unberechtigte Benutzung der ersten Daten in der ersten Recheneinheit wird hierdurch vermieden. Insbesondere ist dies vorteilhaft, wenn die Nutzung der ersten Daten zeitlich beschränkt ist, so dass bei ei-

ner regelmäßigen Überprüfung einer Benutzungserlaubnis nach Ablauf einer vorgegebenen Zeitspanne ein Erlöschen der Benutzungserlaubnis festgestellt wird und die ersten Daten automatisch von der ersten Recheneinheit gelöscht werden.

[0014] Weiterhin ist vorteilhaft, eine Warnung auszugeben, wenn die ersten Daten nicht freigegeben werden, so dass ein Benutzer darüber informiert wird, dass er die ersten Daten nicht nutzen kann und er gegebenenfalls eine andere Bezugsquelle für die ersten Daten suchen muss.

[0015] Weiterhin ist vorteilhaft, in die zweiten Daten einen Prüfcode bezüglich der ersten Daten beziehungsweise der Identität der ersten Recheneinheit mit einzubeziehen.

[0016] Weiterhin ist vorteilhaft, insbesondere ein Steuergerät in einem Kraftfahrzeug als eine erste Recheneinheit auszuführen, in das Daten von einer dritten Recheneinheit beziehungsweise von einem Datenträger übermittelt werden. Insbesondere bei Systemen eines Kraftfahrzeugs, die für die Fahrzeugsicherheit relevant sind, ist hierdurch eine Kontrolle der übermittelten Daten möglich, so dass eine Funktion der sicherheitsrelevanten Systeme des Fahrzeugs nicht durch unberechtigt übermittelte Daten oder fehlerhafte Daten gefährdet werden kann.

#### Zeichnung

[0017] Ausführungsbeispiele der Erfindung sind in der Zeichnung dargestellt und in der nachfolgenden Beschreibung näher erläutert. Es zeigen Fig. 1 ein erstes Ausführungsbeispiel für eine Vorrichtung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens, Fig. 2 ein zweites Ausführungsbeispiel für eine erfindungsgemäße Vorrichtung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens, Fig. 3 ein drittes Ausführungsbeispiel für eine erfindungsgemäße Vorrichtung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens und Fig. 4 einen erfindungsgemäßen Verfahrensablauf.

#### Beschreibung des Ausführungsbeispiels

[0018] Das erfindungsgemäße Verfahren zur Datenübertragung kann für eine Vielzahl von Anwendungsfällen, insbesondere für verschiedene zu übertragende Daten verwendet werden. Bei den Daten kann es sich z. B. um Programmdateien, also um Daten zur Steuerung einer Recheneinheit oder eines Geräts handeln sowie um Daten, die Informationen beinhalten, z. B. Daten von Telefonnummern, Adressen und Land- und Straßenkarten. Ferner können als erste Daten z. B. auch Daten für einen Zahlungsvorgang, einen Kaufvorgang oder einen Buchungsvorgang übertragen werden. Entsprechend kann die erste Recheneinheit als eine Recheneinheit ausgeführt sein, die einen Programmablauf anhand der ersten Daten steuert, so z. B. ein Steuergerät in einem Fahrzeug, oder ein elektrisches Gerät im Haushalt bzw. in einem industriellen Einsatz. Die erste Recheneinheit kann ferner als Teil einer Vorrichtung zur vorzugsweise gezielten Wiedergabe der übermittelten ersten Daten sein. Ferner kann die erste Recheneinheit in eine Vorrichtung zur Durchführung des Zahlungs-, Kauf oder Buchungsvorgangs integriert sein.

[0019] Das erfindungsgemäße Verfahren wird im Folgenden anhand der Verwendung für ein Steuergerät in einem Kraftfahrzeug erläutert, bei dem erste Daten in Form von Programmdateien und/oder Informationen an die erste Recheneinheit, also das Steuergerät, übermittelt werden. Das Verfahren kann ohne Weiteres auch in anderen Fahrzeugen verwendet werden, so z. B. in Flugzeugen, in Schiffen oder in Schienenfahrzeugen.

[0020] In der Fig. 1 ist ein Steuergerät 1 in einem Kraftfahrzeug 20 dargestellt, das mit einem Fahrzeugsystem 2 verbunden ist. Das Fahrzeugsystem 2 ist z. B. eine Motorsteuerung, die einen Verbrennungsvorgang im Fahrzeugmotor oder eine Kraftumsetzung des Fahrzeugmotors steuert, eine Anzeigevorrichtung im Fahrzeug zur Darstellung von anzuzeigenden Informationen oder eine Navigationsvorrichtung, die Fahrhinweise an einen Benutzer des Fahrzeugs ausgibt. In dem Steuergerät 1 ist eine erste Recheneinheit 3 angeordnet. Ferner verfügt das Steuergerät 1 über einen nicht flüchtigen Speicher 5, der zumindest in einen ersten Bereich 6, einen zweiten Bereich 7 und einen dritten Bereich 17 aufgeteilt ist. Das Steuergerät 1 ist ferner mit einem ersten Datenträgerlaufwerk 4 für einen Datenträger 8 verbunden, das ebenfalls in dem Fahrzeug 20 angeordnet ist. Der Datenträger 8 wird in einer Vorrichtung zur Datenträgerverarbeitung 10 mit Daten von einer dritten Recheneinheit 11 in einem zweiten Datenträgerlaufwerk 9 beschrieben. Das Steuergerät 1 ist ferner über eine erste Funkverbindung 12 mit einer Prüfeinheit 14 verbunden. Die Prüfeinheit 14 verfügt über eine zweite Recheneinheit 15 und eine Datenbank 16 und ist mit einer Verrechnungsstelle 13 verbunden.

[0021] Von der Vorrichtung zur Datenträgerverarbeitung 10 werden Daten der dritten Recheneinheit 11 mittels des zweiten Datenträgerlaufwerks 9 auf den Datenträger 8 geschrieben. Der Datenträger 8 ist vorzugsweise als ein optischer und/oder als ein magnetischer Datenträger ausgeführt. Bei Verwendung eines optischen Datenträgers ist auch eine mechanische Herstellung des Datenträgers in dem zweiten Datenträgerlaufwerk 9 möglich. Die Vorrichtung zur Datenträgerverarbeitung 10 ist außerhalb des Fahrzeugs 20 angeordnet.

[0022] Der Datenträger 8 wird von einem Benutzer in das Fahrzeug 20 gebracht und in das erste Datenträgerlaufwerk 4 eingelegt. Die auf dem Datenträger 8 gespeicherten Daten werden von dem ersten Datenträgerlaufwerk 4 gelesen und an die erste Recheneinheit 3 übermittelt. Die erste Recheneinheit 3 erkennt neu übermittelte, erste Daten und startet ein in dem ersten Bereich 6 des nicht flüchtigen Speichers 5 gespeichertes Programm zur Prüfung der ersten Daten, die ausgehend von der dritten Recheneinheit 11 mittels des Datenträgers 8 in einen flüchtigen Speicher der ersten Recheneinheit 3 übermittelt wurden. Die erste Recheneinheit 3 baut eine erste Funkverbindung 12 zu der Prüfeinheit 14 auf und stellt somit einen Kontakt zu der Prüfeinheit 14 her. Ferner bestimmt die erste Recheneinheit 3 gemäß dem Programm, das in dem ersten Bereich 6 abgelegt ist, zweite Daten, die sich auf die übermittelten, ersten Daten beziehen. Die zweiten Daten können hierbei z. B. eine Identitätsnummer des Datenträgers 8 und/oder eine Prüfsumme, z. B. die Summe oder die Quersumme einer vorgegebenen Folge von Bytes der ersten Daten, Ausschnitte oder eine sonstige Codierung der ersten Daten enthalten. In einem weiteren Ausführungsbeispiel ist auch eine zumindest partielle Übertragung der ersten Daten als zweite Daten an die Prüfeinheit 14 möglich. In der Prüfeinheit 14 werden die von dem Steuergerät 1 mittels der ersten Funkverbindung 12 übermittelten zweiten Daten anhand eines Vergleichs mit in der Datenbank 16 gespeicherten Daten geprüft. Hierbei ist z. B. eine Prüfung einer Identitätsnummer des Datenträgers 8 und/oder einer Identitätsnummer der ersten Recheneinheit 3 möglich. Hiermit kann z. B. überprüft werden, ob der Besitzer der ersten Recheneinheit 3 zur Benutzung des Datenträgers 8 befugt ist. Ferner kann überprüft werden, ob die auf dem Datenträger 8 gespeicherten ersten Daten durch die erste Recheneinheit 3 verwendet werden können, insbesondere ob der Datenträger 8 eine befugte Kopie der ersten Daten beinhaltet.

bzw. ob die ersten Daten überhaupt zu einer Verwendung in der zweiten Recheneinheit 15 bzw. 27 geeignet sind oder ob z. B. eine falsche oder veraltete Version der ersten Daten vorliegt. Ist dies der Fall, so wird eine Benutzungserlaubnis über die erste Funkverbindung 12 an die erste Recheneinheit 3 übermittelt. Die erste Recheneinheit 3 speichert in dem zweiten Bereich 7 des nicht flüchtigen Speichers 5, dass die Benutzung der ersten Daten durch die erste Recheneinheit 3 erlaubt ist. In einem bevorzugten Ausführungsbeispiel wird in dem dritten Bereich 17 des nicht flüchtigen Speichers 5 zumindest ein Teil der ersten Daten gespeichert. Die ersten Daten können auch in einem in der Figur nicht gezeigten, mit dem Steuergerät 1 verbundenen Massenspeicher, so z. B. einer Festplatte, in dem Fahrzeug 20 gespeichert werden. Die ersten Daten können nun von der ersten Recheneinheit 3 entweder unter Zugriff auf den Datenträger 8, den dritten Bereich 17 und/oder den Massenspeicher genutzt werden, um das Fahrzeugsystem 2 zu steuern, also z. B. eine Benzineinspritzung, eine Motorsteuerung oder eine Anzeigeeinheit zu beeinflussen. In einem bevorzugten Ausführungsbeispiel wird das Erteilen der Benutzungserlaubnis an eine Verrechnungsstelle 13 weitergeleitet, von der der Benutzer des Fahrzeugs 20 mit den Kosten für die Benutzung der ersten Daten belastet wird, indem z. B. ein Kreditkartenkonto des Benutzers belastet wird. In einem bevorzugten Ausführungsbeispiel erfolgt die erste Funkverbindung 12 über eine gesicherte Verbindung, indem von der ersten Recheneinheit 3 die zu übermittelten zweiten Daten codiert und von der zweiten Recheneinheit 15 wieder decodiert werden. Ebenso gilt dies für die umgekehrte Übertragung einer Benutzungserlaubnis von der zweiten Recheneinheit 15 an die erste Recheneinheit 3. Für eine Codierung wird insbesondere ein privater Schlüssel jeweils der ersten Recheneinheit 3 beziehungsweise der zweiten Recheneinheit 15 verwendet, so dass eine Identifizierung der übertragenden Recheneinheit möglich ist und eine Fälschung einer Benutzungserlaubnis unterbunden wird.

[0023] In einem bevorzugten Ausführungsbeispiel ist der nicht flüchtige Speicher 5 als ein Halbleiterbaustein ausgeführt, der fest in das Steuergerät 1 eingebaut ist, so dass eine Umgehung der Prüfung nur durch ein Ersetzen des nicht flüchtigen Speichers 5 möglich ist. Die Vorrichtung zur Datenträgerverarbeitung 10 kann sich im Besitz des Benutzers des Fahrzeugs befinden, der mittels eines Abrufs über ein Datennetz, z. B. dem Internet, Daten lädt und diese mittels der Vorrichtung zur Datenträgerverarbeitung 10 auf den Datenträger 8 und mit diesem in das Fahrzeug 20 bringt. Ferner kann die Vorrichtung zur Datenträgerverarbeitung 10 auch von einem Hersteller des Steuergeräts 1 oder eines anderen kommerziellen Anbieters von Daten für das Fahrzeug 20 bzw. für das Steuergerät 1 betrieben werden. Mit einer Überprüfung über die Prüfeinheit 14, die vorzugsweise ebenfalls von dem Hersteller des Fahrzeugs 20 oder des Steuergeräts 1 betrieben wird, kann eine unsachgemäße oder verbotene Benutzung von Daten in dem Steuergerät 1 vermieden werden. Wird von der Prüfeinheit 14 eine Benutzungserlaubnis versagt, oder trifft von der Prüfeinheit 14 keine Antwort bei der ersten Recheneinheit 3 ein, so werden die in der ersten Recheneinheit 3 abgelegten ersten Daten in dem Fahrzeug 20 gelöscht. In einem bevorzugten Ausführungsbeispiel wird eine Benutzungsanfrage bei der Prüfeinheit 14 nach vorgebbaren Zeitabständen wiederholt ausgeführt, so dass eine zeitliche Beschränkung der Nutzung der ersten Daten möglich und überprüfbar ist.

[0024] In der Fig. 2 ist ein zweites Ausführungsbeispiel für eine Vorrichtung zur Durchführung des erfindungsgemäßen Verfahrens dargestellt. Hier und im Folgenden bezeichnen gleiche Bezugszeichen auch die gleichen Elemente. Das

Steuergerät 1 ist über eine zweite Funkverbindung 24 mit einer Dienstzentrale 21 verbindbar, die über eine dritte Recheneinheit 22 und über einen Datenspeicher 23 verfügt. Über die zweite Funkverbindung 24 sind in dem Datenspeicher 23 gespeicherte erste Daten von der ersten Recheneinheit 3 von der Dienstzentrale abrufbar. Die dritte Recheneinheit 22 übermittelt so auf Anforderung durch die erste Recheneinheit 3 in dem Datenspeicher abgelegte erste Daten über die zweite Funkverbindung 24 an die erste Recheneinheit 3 des Steuergeräts 1. Ein Datenträgerlaufwerk in dem Fahrzeug 20 ist bei diesem Ausführungsbeispiel nicht erforderlich, kann jedoch ergänzend verwendet werden.

[0025] Die erste Funkverbindung 12 und die zweite Funkverbindung 24 sind vorzugsweise als Mobilfunkverbindung (z. B. GSM, UMTS) ausgeführt. Hierbei ist die zweite Funkverbindung 24 insbesondere als eine Funkverbindung ausgeführt, die einen hohen Datendurchsatz ermöglicht, um auch große Datenmengen z. B. für Kartendaten für eine Navigationsvorrichtung oder für Programmdaten für eine Motorsteuerung, in einer für einen Benutzer akzeptablen Zeit übertragen zu können. Ferner ist auch möglich, dass sowohl die Dienstzentrale 21, das Steuergerät 1 und die Prüfeinheit 14 jeweils mit einem Datennetz, so z. B. dem Internet, verbunden sind und eine Kommunikation zwischen den einzelnen Einheiten jeweils über das Datennetz erfolgt. Eine Funkschnittstelle für die erste Funkverbindung 12 kann auch für die zweite Funkverbindung verwendet werden.

[0026] In der Fig. 3 ist ein weiteres Ausführungsbeispiel dargestellt, bei dem die Prüfeinheit 14 durch eine Diagnosevorrichtung 26 ersetzt ist, die über eine Steckerverbindung 25 mit dem Fahrzeug 20 beziehungsweise mit dem Steuergerät 1 verbunden wird. In der Diagnosevorrichtung 26 ist eine zweite Recheneinheit 27 angeordnet, mit der die zweiten Daten überprüft werden, die von der ersten Recheneinheit 3 über die Steckerverbindung 25 an die zweite Recheneinheit 27 übermittelt werden. Die ersten Daten sind der ersten Recheneinheit 3, wie in der Fig. 3 dargestellt, über die zweite Funkverbindung 24 zuführbar. In einem in der Fig. 3 nicht dargestellten Ausführungsbeispiel ist auch eine Zuführung der ersten Daten mittels eines Datenträgers 8 gemäß dem Ausführungsbeispiel der Fig. 1 an die dritte Recheneinheit möglich. Durch die Verwendung der Diagnosevorrichtung 26 ist eine Überprüfung der Korrektheit der in dem Steuergerät 1 gespeicherten ersten Daten, z. B. in einer Werkstatt, auch möglich, ohne eine Funkverbindung aufzubauen. Eine Prüfung kann dabei durch die Diagnosevorrichtung 26 gestartet werden. Unzulässige erste Daten können dabei aus dem Steuergerät 1 gelöscht werden. In einem bevorzugten Ausführungsbeispiel ist die Diagnosevorrichtung 26 über eine dritte Funkverbindung 28 mit einer Datenbank 30 in einer zweiten Dienstzentrale 29 verbindbar, durch die z. B. eine Identität der ersten Recheneinheit beziehungsweise eine Erlaubnis zur Benutzung von ersten Daten durch die erste Recheneinheit überprüft werden kann. Die zweite Dienstzentrale 29 wird dabei vorzugsweise von dem Hersteller des Fahrzeugs 20 oder dem Hersteller des Steuergeräts 1 betrieben.

[0027] In der Fig. 4 ist ein erstes Ausführungsbeispiel für den Ablauf des erfindungsgemäßen Verfahrens dargestellt. Das Verfahren ist dabei für die Übertragung von ersten Daten an die erste Recheneinheit sowohl mittels eines Datenträgers 8 als auch mittels einer Übertragung von ersten Daten von einer Dienstzentrale 21 anwendbar. In einem Initialisierungsschritt 40 wird das erfindungsgemäße Verfahren durch das Einlegen des Datenträgers 8 in das erste Datenträgerlaufwerk 4 gestartet. In einem anschließenden Ladeschritt 41 werden die ersten Daten von dem Datenträger 8 an die erste Recheneinheit 3 übertragen. Danach wird mit ei-

dem Ermittlungsschritt 42 der Prüfvorgang eingeleitet.

[0028] Werden die Daten von einer Dienstzentrale 21 an die erste Recheneinheit 3 übermittelt, so beginnt der Verfahrensablauf mit einem Anfrageschritt 43, mit dem erste Daten von der Dienstzentrale 21 über die zweite Funkverbindung 24 von der ersten Recheneinheit 3 abgerufen werden. In einem Verschlüsselungsschritt 44 werden die ersten Daten von der dritten Recheneinheit 22 verschlüsselt und/oder elektronisch unterschrieben und in einem anschließenden Übertragungsschritt 45 an die erste Recheneinheit 3 übermittelt. In einem darauffolgenden Decodierschritt 46 werden die übermittelten, verschlüsselten und/oder elektronisch unterschriebenen Daten von der ersten Recheneinheit 3 decodiert. In einem bevorzugten Ausführungsbeispiel wird dabei ein öffentlich zugänglicher Schlüssel der ersten Recheneinheit 3 zum Verschlüsseln und/oder elektronischen Unterschreiben der Daten in der dritten Recheneinheit 22 verwendet, so dass die Daten nur von der ersten Recheneinheit 3 entschlüsselt und/oder die elektronische Unterschrift geprüft werden können, wobei die erste Recheneinheit über den zugehörigen privaten Schlüssel zur Entschlüsselung verfügt. Ferner wird zur Verschlüsselung ein privater Schlüssel der dritten Recheneinheit 22 verwendet, so dass eine eindeutige Identifizierung der Datenquelle möglich ist. Mit dem Ermittlungsschritt 42 wird das Prüfverfahren gestartet. Sollte das Prüfverfahren vor seinem Ablauf unterbrochen werden, so z. B. durch einen Stromausfall, muss das Prüfverfahren zumindest wieder ausgehend von dem Ermittlungsschritt 42 begonnen werden, in dem festgestellt wird, dass eine Übertragung von ersten Daten an die erste Recheneinheit 3 beendet wurde, bzw. in dem festgestellt wird, dass die ersten Daten auf einem Datenträger zur Verfügung stehen. Mit Beginn des anschließenden Prüfablaufs wird vorzugsweise in dem nicht flüchtigen Speicher 5, vorzugsweise in dem zweiten Bereich 7, in dem das Prüfergebn gespeichert wird, ein Code dafür gespeichert, dass ein Prüfverfahren läuft. Wird nun die Stromzufuhr zu dem Steuergerät unterbrochen, so wird bei einem erneuten Start des Steuergerätes 1 festgestellt, dass ein Prüfverfahren nicht beendet wurde und das Prüfverfahren wird ausgehend von dem Ermittlungsschritt 42 neu gestartet.

[0029] An den Ermittlungsschritt 42 schließt sich ein erster Prüfschritt 47 an, in dem überprüft wird, ob die an die erste Recheneinheit 3 übermittelten Daten korrekt übertragen wurden. Eine korrekte Übertragung liegt z. B. bei einer fehlerfreien Entschlüsselung vor, sofern die Daten verschlüsselt übertragen wurden. Ferner können den ersten Daten auch Paritätsdaten zugefügt sein, aus denen Übertragungsfehler ermittelbar sind. Wird festgestellt, dass die Daten nicht korrekt übertragen wurden, so wird zu einem zweiten Prüfschritt 48 verzweigt, in dem überprüft wird, ob das Übertragen von Daten an die erste Recheneinheit 3 bereits mehrmals erfolglos war. Eine Toleranzschwelle ist hierbei vorgebar. Werden z. B. Daten von einem Datenträger 8 gelesen, so ist problemlos ein mehrfacher Versuch möglich, die Daten von dem möglicherweise leicht verschmutzten oder beschädigten Datenträger zu lesen. Werden Daten über eine Funkverbindung übertragen, so können bei einer mehrfachen Wiederholung hohe Übertragungskosten verursacht werden. Daher ist hier die Anzahl der Versuche zu beschränken, z. B. auf drei Übertragungsversuche. Wird in dem zweiten Prüfschritt festgestellt, dass eine fehlerfreie Übertragung mehrfach nicht möglich war, so wird zu einem Endschrift 49 verzweigt, in dem eine Warnung an einen Benutzer ausgegeben wird, dass eine Übertragung beziehungsweise eine Verwendung der ersten Daten in dem Steuergerät 1 nicht möglich ist. Wird dagegen in dem zweiten Prüfschritt 48 festgestellt, dass noch mindestens ein Versuch zur

Übertragung durchgeführt werden soll, so wird zu dem Laeschritt 41 beziehungsweise zu dem Übertragungsschritt 45 zurück verzweigt.

[0030] Wird in dem ersten Prüfschritt 47 festgestellt, dass die ersten Daten fehlerfrei an die erste Recheneinheit übertragen wurden, so wird zu einem Übermittlungs- und Übertragungsschritt 50 verzweigt, in dem aus den ersten Daten ein Prüfcode ermittelt wird, so z. B. eine Prüfsumme, eine Abfolge bestimmter Zeichen der ersten Daten oder andere, vorgebbare Teile der ersten Daten. Vorzugsweise wird den zweiten Daten eine Identität, vorzugsweise eine Identitätsnummer der ersten Recheneinheit 3, des Datenträgers 8 und/oder der dritten Recheneinheit 22 zugefügt. In dem Ermittlungs- und Übertragungsschritt 50 werden diese Daten vorzugsweise verschlüsselt und/oder elektronisch unterschrieben an die Prüfeinheit 14 beziehungsweise die Diagnosevorrichtung 26 übertragen. Eine Verschlüsselung der zweiten Daten erschwert es, eine Prüfeinheit 14 beziehungsweise eine Diagnosevorrichtung 26 zu simulieren und damit einen Prüfvorgang der ersten Daten durch eine unerlaubte Fälschung einer Prüfeinheit 14 bzw. einer Diagnosevorrichtung 26 zu umgehen. In einem anschließenden dritten Prüfschritt 51 wird eine fehlerfreie Übertragung der zweiten Daten von der ersten Recheneinheit 3 an die zweite Recheneinheit 15 gemäß dem Ausführungsbeispiel der Fig. 1 und 2 bzw. an die zweite Recheneinheit 27 gemäß dem Ausführungsbeispiel der Fig. 3 überprüft. Wird keine fehlerfreie Übertragung festgestellt, so wird zu einem vierten Prüfschritt 52 verzweigt, in dem überprüft wird, ob mehrmals eine fehlerfreie Übertragung der zweiten Daten nicht möglich war. Wird festgestellt, dass mehrfach die zweiten Daten nicht korrekt übertragen werden konnten, wobei hier ebenfalls die Anzahl für ein maximales, fehlerhaftes Übertragen vorgebar ist, so wird zu einem Endschrift 53 verzweigt. In dem Endschrift 53 wird von der zweiten Recheneinheit 15 bzw. 27 an die erste Recheneinheit 3 als ein Ergebnis übermittelt, dass die zweiten Daten nicht fehlerfrei übertragen werden konnten. Dies wird von der ersten Recheneinheit ausgegeben, z. B. über eine Anzeige oder einen Lautsprecher, die in der Zeichnung nicht dargestellt sind. Sollte ein Kontakt zur zweiten Recheneinheit nicht möglich sein, so wird dies von der ersten Recheneinheit 3 ebenfalls festgestellt und ausgegeben. Das Prüfverfahren wird damit unterbrochen und gegebenenfalls zu einem späteren Zeitpunkt wieder neu ausgehend von dem Ermittlungsschritt 42 aufgenommen. Wird in dem vierten Prüfschritt 52 festgestellt, dass ein erneuter Versuch zur Übertragung der zweiten Daten möglich ist, so wird zu dem Ermittlungs- und Übertragungsschritt 50 zurück verzweigt und von der ersten Recheneinheit 3 werden die zweiten Daten erneut an die zweite Recheneinheit 15 bzw. 27 übertragen.

[0031] Wird in dem dritten Prüfschritt 51 festgestellt, dass die zweiten Daten korrekt übertragen wurden, so wird zu dem fünften Prüfschritt 54 weiterverzweigt, in dem von der zweiten Recheneinheit 15 bzw. 27 die zweiten Daten dahingehend überprüft werden, ob die ersten Daten, auf die die zweiten Daten bezogen sind, in der ersten Recheneinheit 3 verwendet werden dürfen. Hierbei wird z. B. überprüft, ob die ersten Daten zulässige Daten zur Verwendung in der ersten Recheneinheit 3 sind. Ferner kann überprüft werden, ob die auf dem Datenträger 8 gespeicherten ersten Daten eine erlaubte Kopie der ersten Daten sind, oder ob z. B. eine Identitätsnummer des Datenträgers 8 bereits für eine Benutzung für eine andere erste Recheneinheit 3 registriert ist und damit ein Datenträger 8 als Original oder als Kopie unrechtmäßig verwendet wird. Hierzu wird in dem fünften Prüfschritt 54 die Datenbank 16 bzw. die Datenbank 30 abgefragt. Zusätzlich kann hierbei eine von einem Benutzer er-

gänzend anzugebende Persönliche Identifikationsnummer (PIN) oder eine Transaktionsnummer (TAN) überprüft werden, die von einem Benutzer in die erste Recheneinheit eingegeben werden.

[0032] Wird in dem fünften Prüfschritt 54 festgestellt, dass die ersten Daten in der ersten Recheneinheit 3 nicht benutzt werden dürfen, so wird zu einem Verbotsschritt 55 verzweigt, in dem von der zweiten Recheneinheit 15 bzw. 27 ein Verbot der Benutzung der ersten Daten an die erste Recheneinheit übermittelt wird. Danach wird zu einem Endschritt 56 verzweigt, in dem die ersten Daten in der ersten Recheneinheit 3 und damit in dem ersten Steuergerät 1 und dem Fahrzeug 20 gelöscht werden. Wird in dem fünften Prüfschritt 54 festgestellt, dass eine Benutzung der ersten Daten durch die erste Recheneinheit 3 zulässig ist, so wird zu einem sechsten Prüfschritt 57 weiterverzweigt, in dem überprüft wird, ob für die Verwendung der ersten Daten durch die erste Recheneinheit 3 eine Bezahlung erforderlich ist. Ist eine Bezahlung erforderlich, so wird zu einem Verrechnungsschritt 58 weiterverzweigt, in dem dem Benutzer des Fahrzeugs 20 ein vorgegebener Betrag über die Verrechnungsstelle 13 berechnet wird, z. B. durch eine Kreditkartenbelastung. Wird in dem sechsten Prüfschritt 57 festgestellt, dass eine Berechnung nicht erforderlich ist, so wird zu einem Erlaubnisschritt 59 weiterverzweigt. Der Erlaubnisschritt 59 wird auch von dem Verrechnungsschritt 58 aus erreicht. In dem Erlaubnisschritt 59 wird eine Erlaubnis zur Verwendung der ersten Daten durch die erste Recheneinheit 3 an die erste Recheneinheit 3 übermittelt. In einem anschließenden Verwendungsschritt 60 wird das Prüfverfahren beendet und ein positives Prüfergebnis für eine Erlaubnis zur Verwendung der ersten Daten in der ersten Recheneinheit 3 sowie ein Abschluss des Prüfverfahrens wird in dem nicht flüchtigen Speicher 5 gespeichert. Die an die erste Recheneinheit 3 übermittelten ersten Daten, so z. B. Programm- oder Informationsdaten, können nun durch die erste Recheneinheit 3 verwendet werden, indem das durch die ersten Daten beschriebene Programm ausgeführt oder die Informationen, die in den ersten Daten enthalten sind, von der ersten Recheneinheit 3 ausgewertet und/oder ausgegeben werden. Diese Verwendung ist entweder zeitlich unbegrenzt oder für einen vorgegebenen Zeitraum möglich, der dann vorzugsweise in dem nicht flüchtigen Speicher 5 mit abgelegt wird. Nach Ende dieses vorgegebenen Zeitraums wird eine erfindungsgemäße Prüfung erneut ausgehend von dem Ermittlungsschritt 42 durchgeführt, so dass entweder die ersten Daten von der ersten Recheneinheit 3 und damit auch aus dem Steuergerät 1 gelöscht werden oder dass eine neue Berechnung mit dem Verrechnungsschritt 58 des Prüfverfahrens erfolgt und hierdurch eine weitere Freigabe erreicht wird.

#### Patentansprüche

1. Verfahren zur Datenübertragung, wobei erste Daten an eine erste Recheneinheit übermittelt werden, **dadurch gekennzeichnet**, dass auf die ersten Daten bezogene zweite Daten an eine zweite Recheneinheit übermittelt werden, dass die zweiten Daten in der zweiten Recheneinheit geprüft werden und dass ein Prüfergebnis an die erste Recheneinheit übermittelt wird.
2. Verfahren nach Anspruch 1, dadurch gekennzeichnet, dass die ersten Daten von einem Datenträgerlaufwerk oder von einer dritten Recheneinheit an die erste Recheneinheit übermittelt werden.
3. Verfahren nach Anspruch 2, dadurch gekennzeichnet, dass in der zweiten Recheneinheit eine Identität der dritten Recheneinheit und/oder des Datenträgers

geprüft wird.

4. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass in der ersten Recheneinheit und/oder in der zweiten Recheneinheit jeweils eine fehlerfreie Übermittlung der Daten geprüft wird.
5. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass die ersten und/oder die zweiten Daten verschlüsselt und/oder elektronisch unterschrieben übertragen werden.
6. Verfahren nach Anspruch 5, dadurch gekennzeichnet, dass die Daten mit einem privaten Schlüssel der jeweiligen Recheneinheit verschlüsselt und/oder elektronisch unterschrieben werden.
7. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass die erste mit der zweiten Recheneinheit und/oder die zweite mit der dritten Recheneinheit über Funk verbunden werden.
8. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass in der zweiten Recheneinheit für die Prüfung der zweiten Daten auf eine Datenbank zurückgegriffen wird.
9. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass von der zweiten Recheneinheit in Abhängigkeit von den zweiten Daten ein Zahlungsvorgang veranlasst wird.
10. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass eine Benutzung der ersten Daten in der ersten Recheneinheit von der zweiten Recheneinheit erlaubt wird.
11. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass von der zweiten Recheneinheit eine Nutzung der ersten Daten durch die erste Recheneinheit gespeichert wird.
12. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass eine Prüfung in der ersten Recheneinheit neu gestartet wird, wenn die Prüfung nicht vollständig durchlaufen wurde.
13. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass ein Programm zur Prüfung der ersten Daten und/oder ein Prüfergebnis in der zweiten Recheneinheit nichtflüchtig gespeichert wird.
14. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass die ersten Daten in der ersten Recheneinheit gelöscht werden, wenn von der dritten Recheneinheit keine Benutzungserlaubnis der ersten Daten übermittelt wird.
15. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass eine Warnung ausgegeben wird, wenn die ersten Daten nicht freigegeben werden.
16. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass aus den ersten Daten ein erster Prüfcode bestimmt wird und dass die zweiten Daten zumindest teilweise aus dem ersten Prüfcode gebildet werden.
17. Verfahren nach einem der vorhergehenden Ansprüche, dadurch gekennzeichnet, dass aus Daten der ersten Recheneinheit ein zweiter Prüfcode bestimmt wird und dass die zweiten Daten zumindest teilweise aus dem zweiten Prüfcode gebildet werden.
18. Vorrichtung zur Durchführung des Verfahrens nach einem der vorhergehenden Ansprüche.
19. Steuergerät in einem Kraftfahrzeug zur Durchführung des Verfahrens nach einem der Ansprüche 1-17, dadurch gekennzeichnet, dass die erste Recheneinheit (3) in dem Steuergerät (1) angeordnet ist.

20. Prüfrecheneinheit zur Durchführung des Verfahrens nach einem der Ansprüche 1–17, dadurch gekennzeichnet, dass die zweite Recheneinheit (15, 27) in der Prüfrecheneinheit (14, 26) angeordnet ist.

21. Dienstezentrale zur Durchführung des Verfahrens 5  
nach einem der Ansprüche 1–17, dadurch gekennzeichnet, dass die dritte Recheneinheit (22) in der Dienstezentrale (21) angeordnet ist.

---

Hierzu 4 Seite(n) Zeichnungen

---

10

15

20

25

30

35

40

45

50

55

60

65



- Leerseite -

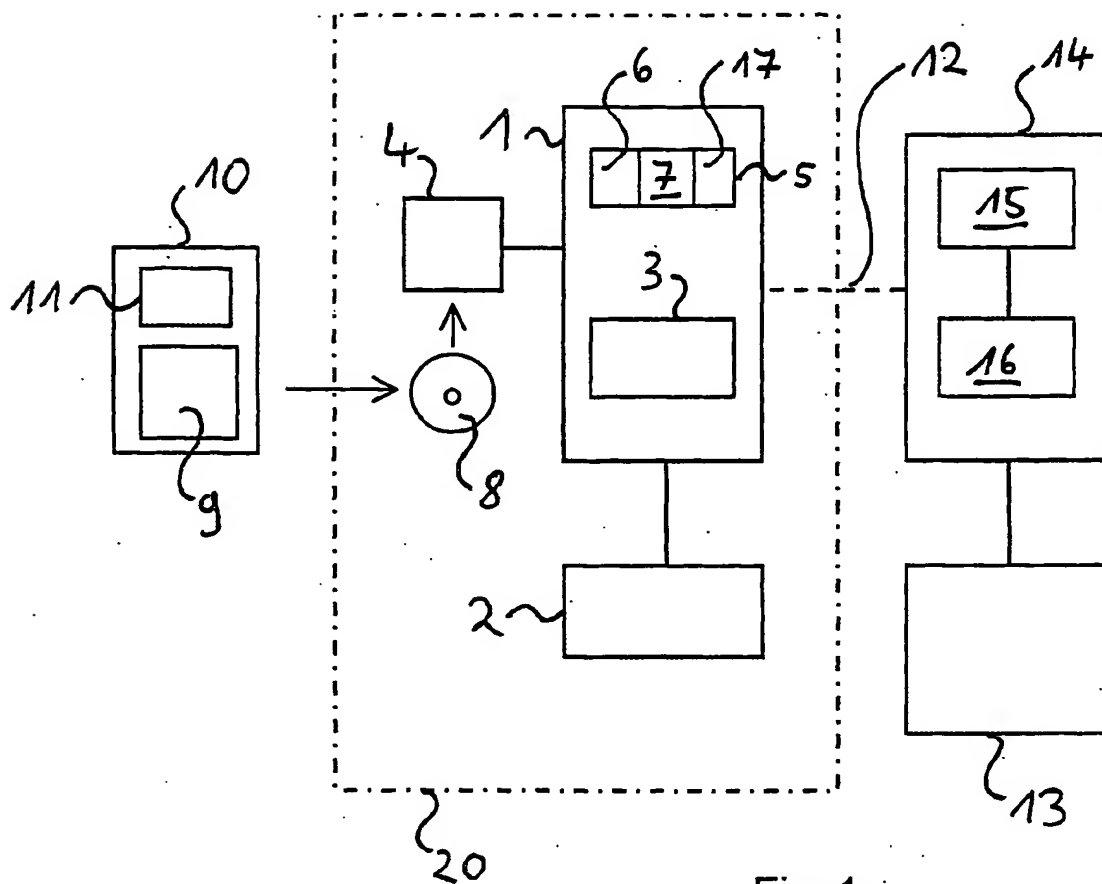


Fig. 1

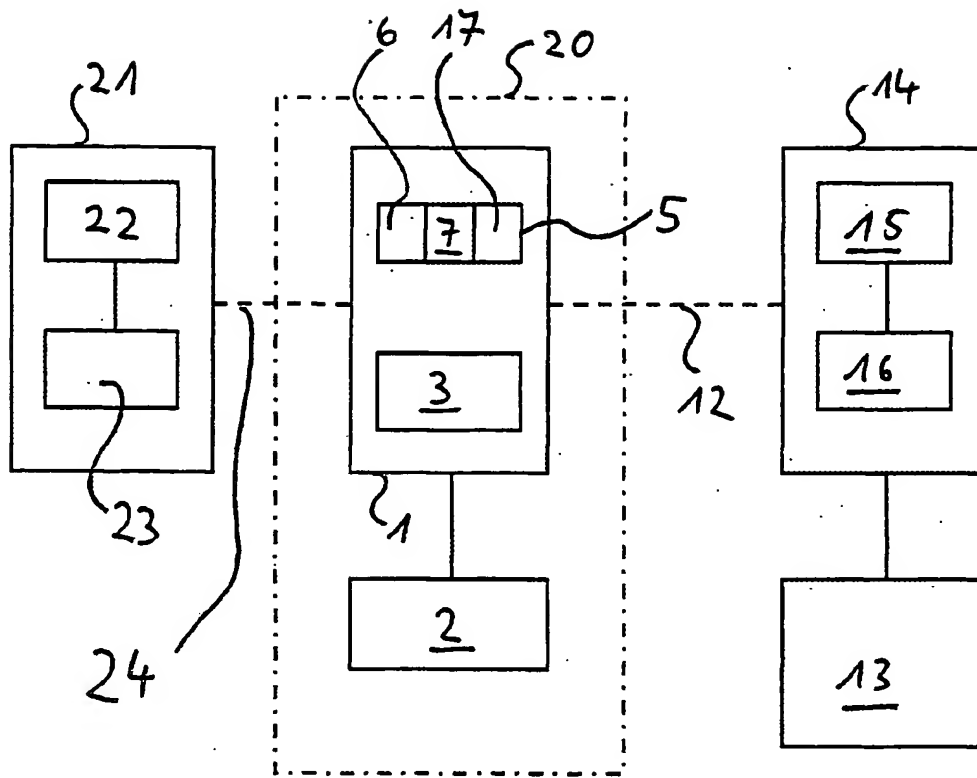


Fig. 2

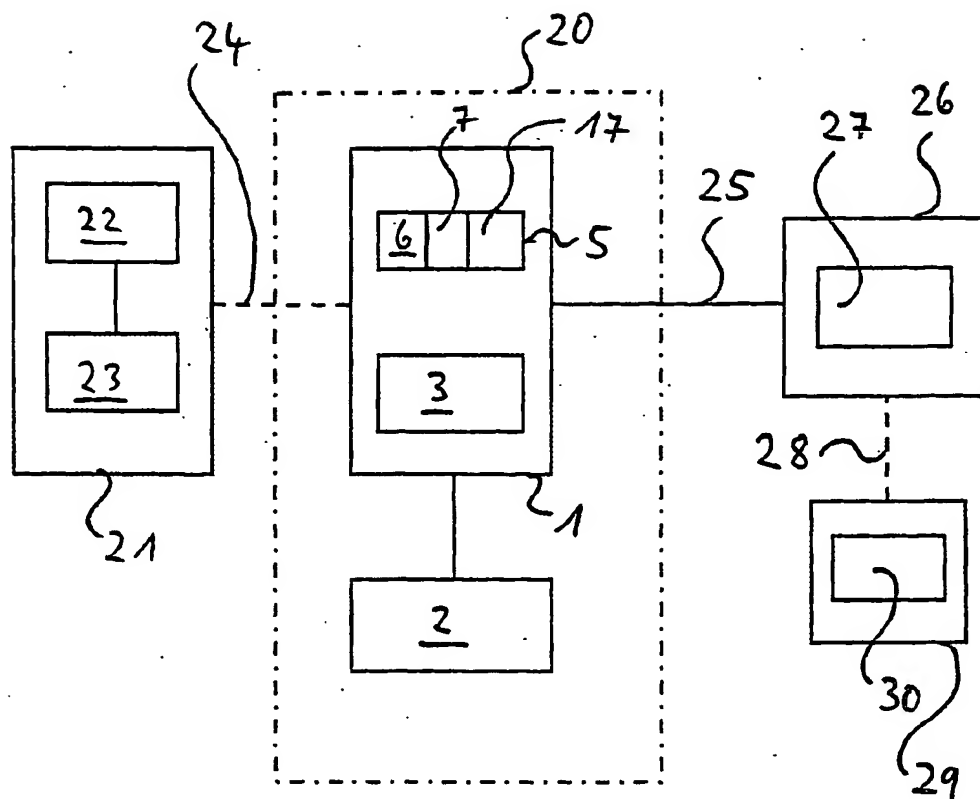


Fig. 3

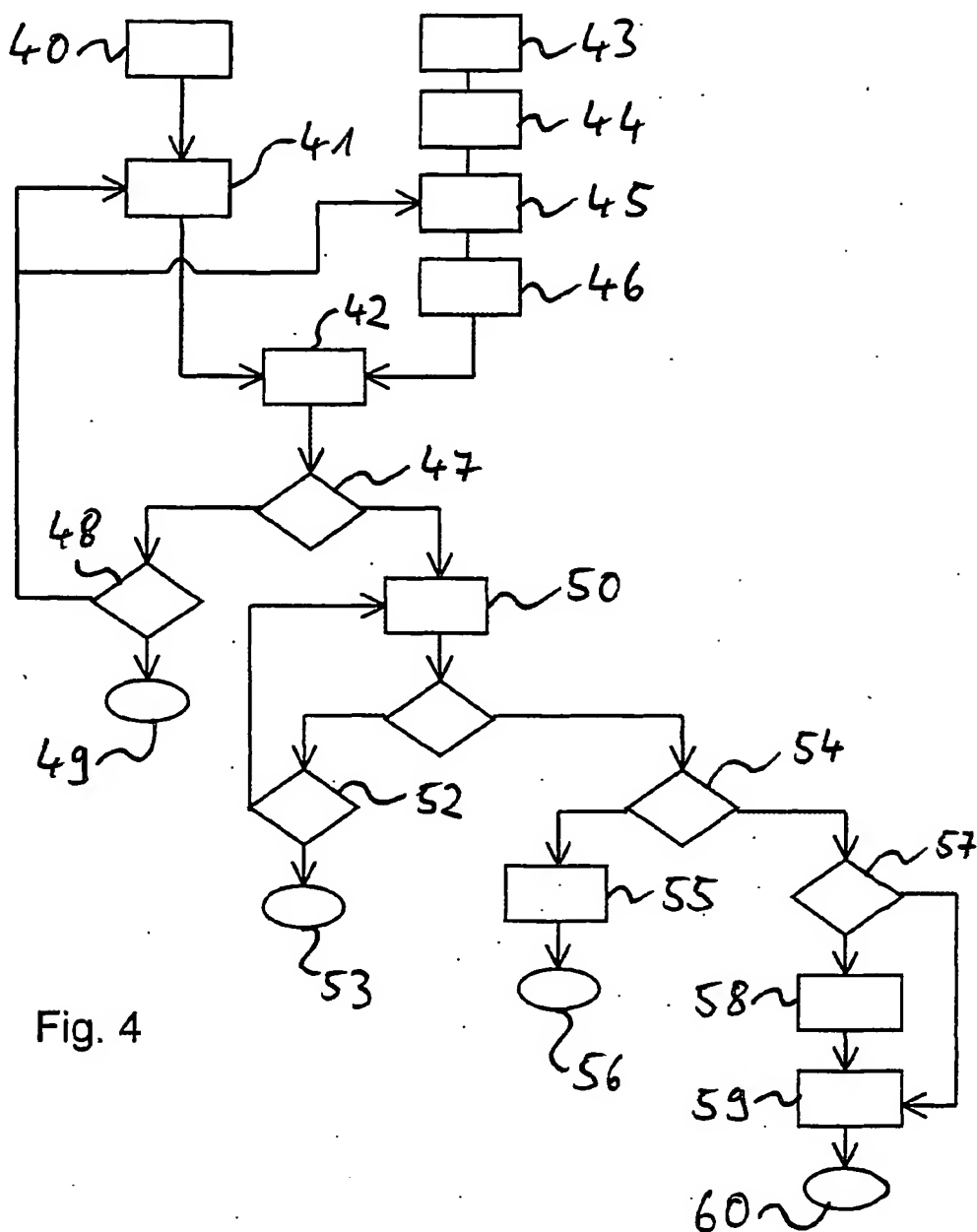


Fig. 4